This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

3 2044 103 211 827

PAULSEN

Parteipolitik und moral

1900

GER
964.4
PAU

HARVARD
LAW
LIBRARY

Digitized by Google

Digitized by Google

(46)

Parteipolitik und Moral.

Von

Dr. Friedrich Paulsen,
Professor der Universität Berlin.

Dresden
v. Zahn & Jaensch
1900.

Digitized by Google

Digitized by Google

Parteipolitik und Moral.

Vortrag

gehalten in der Gehe-Stiftung zu Dresden

am 13. Oktober 1900

von

Dr. Friedrich Paulsen,

Professor an der Universität Berlin.

Dresden

v. Zahn & Jaensch

1900.

Digitized by Google

Digitized by Google

Der Vorstand der Gehe-Stiftung hat mir die Ehre erwiesen, mich zu einem Vortrag in Ihrer Mitte einzuladen, und mir als Thema vorgeschlagen: Parteipolitik und Moral. Ich habe die Einladung und die Wahl des Gegenstandes gern angenommen; es wird in der That eine nicht unzeitgemäße und nicht unwürdige Aufgabe sein, eine in dem öffentlichen Leben der Gegenwart so bedeutsam hervortretende Erscheinung wie das Parteiwesen einer allgemeinen, von geschichtsphilosophischen und ethischen Gesichtspunkten ausgehenden Betrachtung zu unterziehen. Für eine solche erbitte ich mir in dieser Stunde Ihre Aufmerksamkeit.

I.

Ich beginne mit einer Erörterung des Wesens der Partei und schicke eine Erklärung des Begriffs voraus. Parteien sind eine Erscheinung des politischen Lebens, wenigstens vorzugsweise, denn sie sind allerdings auch anderen Formen des öffentlichen Lebens, besonders dem kirchlichen Leben, nicht fremd. Wir nennen Parteien, im Unterschied von Faktionen, Koterien, Cliquen, persönlichen Verbänden zur Erreichung persönlicher Zwecke, große, auch die breiten Massen mit umfassende Bevölkerungsgruppen, die, durch gemeinsame Interessen, Anschauungen, Ideen zur Einheit zusammengefaßt, miteinander um die Macht im Staat ringen; ihr Ziel ist überall: den eigenen partikulären Willen zum Willen des Ganzen zu machen. Es

Digitized by Google

ist damit gegeben, daß die Lebensbethätigung der Parteien die Form des Parteikampfes hat.

Ein paar geschichtliche Andeutungen mögen zur Orientierung über die gegenwärtige Gestaltung des Parteiwesens in Deutschland dienen.

Parteien und Parteikämpfe sind in Deutschland noch nicht alt, eigentlich nicht älter als das 19. Jahrhundert. Dem 18. Jahrhundert war die Sache so gut wie fremd, es herrschte innerer Friede. Und doch nicht bloß, weil es kein öffentliches Leben gab, sondern aus einem tieferen Grunde: es herrschte wirklich etwas wie Einmütigkeit der Gesinnung. Gemeinsame große Ziele einigten die führenden Geister: Aufklärung, Kulturfortschritt, Neubildung des Staats und der Rechtsordnung nach den Grundsätzen des natürlichen Rechts, Reinigung der Kirche und Religion von Mißbräuchen und Aberglauben, Verbesserung der Erziehung, Emporhebung auch der Massen zur Teilnahme an den Früchten der neuen Erkenntnis, das sind Ziele, in denen alle Besten sich eins wußten. Große Fürsten gingen als Führer voran, Friedrich II., Joseph II., Katharina II.; alle kräftigsten Bestrebungen der Zeit sind in ihnen lebendig. Wie hätte unter einem Fürsten wie Friedrich dem Großen von einer grundsätzlichen Opposition die Rede sein können?

Dem 19. Jahrhundert ist diese Einmütigkeit verloren gegangen. Mit dem Wiener Frieden beginnt der innere Krieg. Politische Parteien erhoben sich gleich nach dem Ende der großen Völkerkriege gegeneinander zu leidenschaftlich geführten Kämpfen; die Parteinamen, die bis auf die Gegenwart dauern und die für uns Ältere lange Zeit die überhaupt möglichen Parteien zu bezeichnen schienen, die Namen der Liberalen und Konservativen sind in der ersten Hälfte des Jahrhunderts aufgekommen. Im Jahre 1848 brach der Parteikampf in offenen

Digitized by Google

Krieg aus. Zu der politischen Parteiung kam, mannigfach mit ihr sich verschlingend, die Parteiung auf kirchlichem Gebiet; gegen den vom Zeitalter der Aufklärung überkommenen Rationalismus erhob sich die Neugläubigkeit und gewann, bald als Orthodoxie von der Staatsgewalt unterstützt, in erbitterten Kämpfen die Herrschaft in der Kirche zurück. Auch der alte Gegensatz der Konfessionen, der am Ende des 18. Jahrhunderts beinahe erloschen schien, trat mit erneuter Heftigkeit hervor und wurde allmählich zur Unterlage auch politischer Parteibildung in allen größeren deutschen Staaten. Seit den 60er Jahren begannen sich sodann die sozialen Klassen als feindliche Parteien zu organisieren; der Klassenkampf ist das Zeichen, das den politischen Kämpfen des ausgehenden Jahrhunderts vorzugsweise das Gepräge giebt. Gleichzeitig erlitten die alten politischen Parteien innere Wandlungen; die Neugestaltung des deutschen Staatswesens durch Bismarck entzog den alten Gegensätzen die wichtigsten Unterlagen, vor allem die Frage der politischen Gestaltung Deutschlands. Dagegen führte die immer weitere Ausdehnung der staatlichen Thätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet, in der Zoll-, Handels- und Gewerbepolitik dazu, daß sich die großen Berufsgruppen vor allem der Landwirtschaft, dann auch der Industrie und des Handels zusammenschlossen, um in der Wirtschaftspolitik ihre Interessen durchzusetzen; so geschieht es, daß sich die alten politischen Parteien mehr und mehr in Interessentenverbände umbilden. Endlich greift noch ein Moment parteibildend ein: die Verschiedenheit der Nationalität. Seitdem die Nationalitäten sich gegeneinander mit deutlicherem Selbstbewußtsein abzuheben begonnen haben, seitdem das Nationalitätsprinzip zu einem wichtigen Faktor der Staatenpolitik geworden ist, stehen sich in den meisten Staaten mit gemischter Nationalität die verschiedenen Elemente mit in-

Digitized by Google

grimmigem Haß gegenüber, den Staat selbst mit Zerreißung bedrohend. Auch in Deutschland machen sich diese Kämpfe, wenn sie auch keine herrschende Rolle spielen, doch an allen seinen Grenzen fühlbar; und in einem Nachbarland, mit dessen Geschicken das Schicksal des deutschen Volks unlöslich verflochten ist, in Österreich-Ungarn, beherrschen sie das ganze öffentliche Leben. Übrigens wäre hier auch an die antisemitische Bewegung zu erinnern, die augenscheinlich in den Nationalitätsinstinkten ihre Wurzeln hat.

Es ist kein Zweifel, daß diese Zerrissenheit des öffentlichen Lebens von vielen als ein schweres Übel unserer Zeit empfunden wird; kein Zweifel auch, daß die Zerspaltung in sich hassende und befehdende Parteien vieler Orten als Hemmnis und Verderbnis sich geltend macht. Das Parteiwesen lähmt die Kräfte, die sich sonst zu gemeinnütziger Wirksamkeit verbinden würden, so auf dem Gebiete der Vereinsthätigkeit, z. B. für Volksbildung; es handle sich um Errichtung einer öffentlichen Lesehalle, alsbald kommen die Bedenken und Forderungen: aber diese oder jene Richtung der Litteratur, der Presse müßte natürlich ausgeschlossen bleiben, sonst könnte ich mich nicht beteiligen. Das Parteiwesen drängt sich in die Verwaltung; an die Stelle sachlicher Erwägungen treten die Parteirücksichten, in Staat und Gemeinde gilt es die Verwaltung für die Interessen der Partei in Bewegung zu setzen; bei der Auswahl unter Bewerbern wird an Stelle der Tüchtigkeit und des Verdienstes als erste Bedingung und Hauptverdienst die Zugehörigkeit zur Partei gefordert. Das Parteiwesen sucht selbst in die Rechtsprechung sich einzudrängen. Ist auch in Deutschland eine Beeinflussung der Richter durch die Parteigegensätze, wie sie in einem berüchtigten politischen Prozeß zu Tage trat, der unser westliches Nachbarland Jahre lang in Aufregung

Digitized by Google

erhielt, bisher unerhört, so fehlt es doch auch bei uns nicht an Vorgängen, die zeigen, wie schwer es in einer Zeit leidenschaftlicher Parteikämpfe auch dem Richter gemacht ist, sein Amt ohne Ansehen der Partei zu verwalten. So hat das Parteiwesen die Tendenz, das öffentliche Leben zu verwüsten, Recht und Gerechtigkeit zu zerstören und den Charakter der Einzelnen zu verderben. Politik verdirbt den Charakter, sagt ein bekanntes Wort; es wird vom Parteiwesen gelten: wer sich ihm hingiebt, der wird sich der Abstumpfung des Sinnes für Wahrheit und Gerechtigkeit nicht leicht erwehren.

Man kann es von hieraus verstehen, wie höher gerichtete und feiner empfindende Menschen, von dem Parteiwesen angewidert und abgestoßen, vom öffentlichen Leben überhaupt sich abwenden. In der großen nordamerikanischen Republik soll es dahin gekommen sein, daß die besseren Elemente der Bevölkerung sich vom politischen Leben beinahe ganz zurückgezogen haben und, beiseitestehend, den Geschäftspolitikern und Beutejägern das Feld überlassen. Dem Leser des Plato ist dieselbe Erscheinung auch aus dem Altertum bekannt. Die Abneigung gegen Politik und Politiker, wie sie sind, ist ein durchgehender Zug in den platonischen Schriften; in der Apologie, dem Gorgias, dem Politikos, der Republik, überall dieselbe Stimmung: mit dem politischen Leben, wie es ist, kann sich der Philosoph, kann sich ein ehrlicher Mann, dem Wahrheit und Gerechtigkeit etwas anderes sind, als das was der Menge scheint und gefällt, etwas anderes als schön klingende Wörter, mit denen in der Volksversammlung um den Volksbeschluß gekämpft wird, nicht befassen; er könnte als Politiker und Volksredner der Stadt nicht nützen, und würde selber daran zu Grunde gehen. Also zieht er sich zurück und treibt, dem Sokrates folgend, was ihm von dem Gott befohlen ist.

Digitized by Google

Es fehlt nicht an Anzeichen, daß auch bei uns die Freude am politischen Leben im Zurückgehen ist. Daß das geistige Niveau der Volksvertretungen in Deutschland im Sinken sei, ist eine Klage, der man oft begegnet. Sicher ist, daß die Teilnahme der Bevölkerung an den Vorgängen in den politischen Körperschaften im Sinken ist. Wer liest noch die Verhandlungen, außer in den immer mehr gekürzten Berichten der Tageszeitungen? Der Redakteur einer unserer bestgeleiteten Zeitungen sagte mir einmal: die Parlamentsberichte sind ein wahres Kreuz für den Redakteur: die Redner liegen einem mit Klagen in den Ohren, daß sie doch gar zu kurz und inhaltlos, die Leser, daß sie zu lang und inhaltlos seien.

Wäre es also nicht am besten, wenn das ganze Parteiwesen abgethan würde? Nicht bloß Staatsmänner, denen das unfruchtbare Treiben der Parteien hemmend entgegentritt, haben so gesprochen; wie oft hat Bismarck über den Fraktionsgeist sich beschwert. Auch in der Bevölkerung ist die Sehnsucht nach einer Befreiung von dem Parteiwesen in weiten Kreisen vorhanden; wer glaubt noch an Parteien, wie in der ersten Hälfte des Jahrhunderts an den Liberalismus, an Volksvertretung und Redefreiheit geglaubt wurde? In Gestalt der Forderung einer Partei der ehrlichen Leute spricht sich die Parteimüdigkeit nicht selten aus: Glaube an die Person, nicht Glaube an die Partei. Die Anhänglichkeit, die ein Mann wie Herr von Egidy sich schnell erwarb, entstammte wohl wesentlich solchen Empfindungen. —

Für eine geschichtsphilosophische Betrachtung liegt die Sache doch anders. Sie wird sich der Einsicht nicht verschließen können, daß Parteien und Parteikämpfe, so viel des Unerfreulichen sie mit sich bringen, dennoch eine unvermeidlich und auch innerlich notwendige Erscheinung des geschichtlichen Lebens sind; ohne

Digitized by Google

sie ist ein starkes, auch die breiten Massen ergreifendes öffentliches Leben überhaupt nicht möglich. Hegels Wort, daß das Wirkliche auch das Vernünftige ist, wird auch in Hinsicht auf diese Gestaltung des geschichtlichen Lebens seine Geltung haben. Wir wollen versuchen, diese Vernunft in dem Parteiwesen zu erkennen. Ich gehe zu dem Ende auf die Naturgeschichte der Parteien, ihr Wesen und ihren Ursprung mit ein paar Bemerkungen ein.

Parteien entstehen überall da, wo eine unorganisierte Menge als Einheit sich bethätigen, Beschlüsse fassen und handeln soll. Es geschieht mit psychologischer und zugleich mit teleologischer Notwendigkeit. Mit psychologischer Notwendigkeit: die in der Menge vorhandenen verschiedenen Interessen und Anschauungen ziehen sich an und stoßen sich ab, nach dem Maße der Verwandtschaft und des Gegensatzes. Am Gegensatz orientiert, thun sich die verwandten zu geschlossenen Gruppen zusammen. Aber dieser psychologisch bedingte Vorgang ist zugleich teleologisch notwendig: durch die Bildung von Parteien wird erst aus der chaotischen Masse ein gegliedertes, verhandlungs- und entschließungsfähiges Ganzes. Die Parteibildung ist gleichsam die in einer Menge spontan entstehende Notorganisation, um überhaupt aktionsfähig zu werden.

Man nehme eine Versammlung wie den deutschen Reichstag: ohne die Gliederung der Parteien wäre er eine hilflose Masse, die weder zu gemeinsamer Überlegung noch zu gesicherter Beschlußfassung fähig wäre. Wer einmal einer Studentenversammlung oder einer zufällig zusammengekommenen Volksversammlung beigewohnt hat, der weiß, wie rat- und hilflos sie dem Zufall preisgegeben ist. Zuerst wirr durcheinander schwirrende Meinungen, die aus allen Richtungen der Windrose herkommen und vergeblich versuchen, sich in Beziehung zu einander

Digitized by Google

zu setzen; endlich gelingt es einem Redner, ein wirksames Schlagwort zu formen, oder eine kleine Fraktion bringt, mit geschickter Verteilung der Rollen, die Versammlung unter ihre Herrschaft. Nun wird eine Resolution gefaßt, eine Wahlabstimmung vorgenommen, die als Ausdruck der Anschauungen und des Willens der Gesamtheit oder ihrer Mehrheit gilt. Dieselbe Versammlung würde, morgen wieder zusammengekommen, unter einem andern Eindruck mit derselben Mehrheit das Gegenteil beschließen. Die unorganisierte Masse ist wie der Flugsand, den der Wind hierhin und dahin weht.

Durch die Bildung fester, dauernder Parteien wird die Menge verhandlungs- und beschlußfähig. Die Parteien nehmen in Vorverhandlungen Stellung zu einer Sache; in geregelten Parteisitzungen wird erwogen, wie sie sich, vom Standpunkt dieser Partei gesehen, mit ihren Voraussetzungen und Wirkungen darstellt. Auf diese Vorverhandlungen, in denen die Gruppen sich über die Angelegenheit orientiert haben, kann dann die Plenarverhandlung folgen, sie ist erst jetzt möglich. Indem die Parteien ihre bestinstruierten Glieder als Redner zur Vertretung ihrer Anschauungen bestellen, erhält die Sache ihre Beleuchtung von den verschiedenen Seiten; die verschiedenen Interessen haben Gelegenheit, sich vor der Beschlußfassung geltend zu machen, es ist die Aufgabe der Geschäftsordnung, allen diese Möglichkeit zu sichern und so durch eine allseitige Beratung die Versammlung vor übereilten Entscheidungen zu bewahren. Auf diese Weise wird eine Beschlußfassung möglich, die wirklich etwas wie den einheitlichen Willen der Menge ausdrückt, einheitlich wenigstens in dem Sinne, daß die Menge weiß, was sie will und beschließt.

Das ist die unmittelbar einleuchtende Notwendigkeit der Parteibildung. Die Parteiung macht, um es paradox auszu-

Digitized by Google

drücken, erst die einheitliche Aktion einer Menge überhaupt möglich. Daher überall, wo eine Menge beraten, verhandeln, wählen, beschließen soll, im Staat, in der Gemeinde, in jedem größeren Verein oder Kollegium mit jener instinktiven Erkenntnis des Notwendigen, die den geschichtlichen wie den organischen Bildungen eigen ist, alsbald mehr oder minder feste Gruppen innerhalb des Ganzen sich bilden, die ihm Überlegungs- und Willensfähigkeit verschaffen.

Es giebt noch eine zweite Organisationsform; der Organisation von unten steht die von oben, der spontan-genossenschaftlichen die herrschaftliche gegenüber: hier wird die Masse gegliedert und aktionsfähig gemacht durch einen einheitlichen Willen über ihr. Das vollkommenste Beispiel bietet hierfür das Heer: Gliederung und Arbeitsteilung bis ins kleinste, aber vollständiger Ausschluß aller Gliederung von unten, damit alles Parteiwesens. Die absolute Monarchie ist nach demselben Schema organisiert; auch die römische Kirche. Straffe Einheit des Willens giebt dieser Form große Wucht für die Angriffsbewegung. Aber dem Vorzug steht eine Gefahr gegenüber; die Gefahr ist, daß sie, indem sie die eigentlich aktive Thätigkeit des Beschließens und Wollens in einen Punkt zusammenzieht, die peripherischen Glieder durch Mangel an selbständiger Thätigkeit allmählich absterben läßt; sie verlieren mit der eigenen Initiative die Spontanität; es treten Lähmungserscheinungen ein, im Gebiet der Intelligenz, des Willens und des Gewissens; der Gesamtkörper verliert an Sensibilität; starke innere Schäden können sich entwickeln ohne gefühlt zu werden, und die Krankheit kann weit fortschreiten, ehe sie bei dem Mangel der Teile an Selbstgefühl und Selbstverantwortlichkeit überhaupt beachtet wird. Der Staat der Bourbonen, auch der Staat Friedrichs des Großen geben hierfür geschichtliche Beispiele; die stumpfe Gleichgültigkeit,

Digitized by Google

womit die Unterthanen dem Staat gegenüberstehen, ist die Folge der absolutistischen Organisation.

Und damit hätten wir das zweite Moment berührt, woraus die Notwendigkeit der Parteibildung im politischen Leben einleuchtend wird: sie ist das Mittel, alle in der Bevölkerung vorhandenen lebendigen Kräfte zur Entwickelung, alle Interessen zur Geltung zu bringen und damit die Gesundheit des Ganzen zu sichern. Indem die verschiedenen Interessen, vor allem auch die bedrohten, sich zu Parteiverbänden zusammenschließen, erlangen sie die Kraft, die Thätigkeit des Ganzen für ihre Erhaltung in Bewegung zu bringen. Eben daraus aber entspringt bei ihnen selbst wieder das Interesse, für das Ganze und seine Erhaltung sich zu bethätigen.

Die jüngste Parteibildung giebt uns ein Beispiel dafür: die socialdemokratische. Die Interessen des Arbeiterstandes, des neuen großstädtisch-großindustriellen Lohnarbeiterstandes, sind ohne Zweifel höchst bedeutsame, und zwar nicht bloß für diesen Kreis selbst, sondern auch für das Volk; wirtschaftliche und geistig-sittliche Verkümmerung, schließlich auch leibliche Degeneration der Arbeiterklasse wäre eine schwere Schädigung des Ganzen. Ich erinnere nur daran: ein Volk, das sich selbst erhalten und durchsetzen will, hat kein wichtigeres Interesse als dies, daß die Familien der breiten Massen leistungsfähig bleiben, einen leiblich und sittlich tüchtigen Nachwuchs zu liefern. Und nun wird es ebenso wenig zweifelhaft sein, daß die Interessen dieser Klasse nicht nach ihrer Wichtigkeit zur Geltung kamen, ehe sie sich als Partei organisierten; weder von der Regierung, noch von den vorhandenen Parteien wurden sie nach ihrer wirklichen Bedeutung gewürdigt. Natürlich, jeder fühlt seine eigenen Bedürfnisse und seine eigene Last, nicht die der andern, von ihnen weiß er vielleicht in abstracto, aber sie drücken

Digitized by Google

ihn nicht. Erst seitdem eine starke und enggeschlossene Arbeiterpartei als ein Glied unseres öffentlichen Lebens sich durchgesetzt hat, sieht man die Bedeutung dieser Dinge, spricht alle Welt von der sozialen Frage. Die Folge der dem Gründer des deutschen Reichs aufgenötigten Erkenntnis war die Arbeiterversicherung und die Arbeiterschutzgesetzgebung; sie sind nicht von der Sozialdemokratie geschaffen, ja von ihr abgelehnt worden; dennoch verdanken sie ihr Dasein dem Vorhandensein der neuen Partei. Endlich wird ein Drittes nicht zu bezweifeln sein: daß die Masse der Arbeiterbevölkerung durch die in der Parteibildung ermöglichte politische Bethätigung und Selbstdurchsetzung in ein inneres Verhältnis zum Staat gesetzt worden ist, das längst aufgehört hat und immer mehr aufhört ein rein feindseliges zu sein. Man wird daher, so unbequem die sozialdemokratische Partei oft werden, so ungebärdig sie sich stellen mag, doch nicht wünschen können, daß sie aus dem öffentlichen Leben überhaupt wieder ausscheide. Was man allein wünschen kann, das ist, daß sie immer mehr aus einer Revolutionspartei zu einer auf den Boden des Gegebenen sich stellenden, die Interessen des Arbeiterstandes vertretenden Reformpartei sich entwickele.

Eine ähnliche Bedeutung hat übrigens offenbar auch die Organisation einer katholischen Partei. Vorher wußte man zwar in abstracto von dem Dasein einer katholischen Bevölkerung in Deutschland; daß aber hier starke und lebendig gefühlte ideelle Interessen vorhanden seien, das ist dem deutschen Volk und seinen Staatsmännern doch erst durch das Centrum wirklich zum Bewußtsein gebracht worden. Ob die Vertretung dieser Interessen überall in einer dem Gesamtinteresse dienlichen Weise geschehen ist, ob katholische Interessen überhaupt berechtigt sind, das ist hier nicht die Frage, verschiedene werden darüber, ihrem

Digitized by Google

Parteistandpunkt entsprechend, verschieden urteilen. Aber daß vorhandene lebendige Interessen eines bedeutenden Teils der Bevölkerung sich Beachtung verschaffen und zur Geltung kommen, das ist ein Interesse, in dem der praktische Staatsmann mit dem betrachtenden Geschichtsphilosophen übereinstimmen wird: nur dadurch kann er davor bewahrt werden, falsche Wege einzuschlagen, Wege, die zur dauernden Entfremdung größerer oder kleinerer Gruppen der Bevölkerung gegen das Ganze führen würden. — Und in demselben Sinne wird man andere Parteibildungen der jüngsten Zeit, wie die agrarische oder die antisemitische, man mag im übrigen zu ihnen stehen wie man will, als notwendige Erscheinungen anerkennen müssen: auch in ihnen bringen sich bedrohte Interessen oder vorhandene Volksinstinkte zum Ausdruck und zur Geltung, die sonst, überhört und unterdrückt, eine Krisis herbeiführen möchten.

Ich lege hier eine Bemerkung über die beiden Momente ein, die der Parteibildung zu Grunde liegen: Interessen und Anschauungen. Ich nenne die Interessen an erster Stelle, das Wort im weitesten Sinne nehmend, so daß es alles, worauf das Streben einer Gruppe nach Selbsterhaltung und Selbstdurchsetzung gerichtet ist, einschließt: Besitz, Herrschaft, Ansehen, auch politische, soziale, geistige Lebensformen, worin die Gruppe sich selbst und ihr Wesen zur Geltung bringen kann. In den Interessen liegt der eigentliche Ursprung der Parteibildung, die Ansichten und Theorien sind von sekundärer Bedeutung. Das wesentliche Verhältnis ist das, daß die Interessen allgemeine Vorstellungen und Theorien als ihre Einkleidung oder als die Form ihres Selbstbewußtseins und ihrer Selbstdarstellung hervorbringen. So bilden die Unterlage der eigentlich politischen Parteien — etwas anders steht die Sache bei nationalen und religiösen Parteien — regelmäßig gesell-

Digitized by Google

schaftliche Gruppen, Stände oder Klassen mit ihren verschiedenen materiellen und ideellen Interessen, wenn anders es sich nicht um bloße Faktionen handelt, die lediglich persönliche Interessen verfolgen.

Nehmen wir z. B. den Parteigegensatz der Liberalen und Konservativen, der die politische Bewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland beherrschte, und von dem jetzt noch die Namen und einige Reste von Empfindungen und Tendenzen übrig sind. Als die kämpfenden Mächte standen sich damals gegenüber nicht verschiedene Vorstellungen über die beste Staatsverfassung, sondern zwei große gesellschaftliche Gruppen mit ihren verschieden gerichteten Interessen: auf der einen Seite das durch geistige und wirtschaftliche Leistungen zu Reichtum und Einfluß aufsteigende Bürgertum, auf der andern Seite der alte herrschende Stand des grundbesitzenden Adels, mit allem, was von ihm abhängig oder mit seinen Interessen verflochten war. Das Bürgertum war national, konstitutionell und liberal gesinnt; die andere Partei legitimistisch-dynastisch und absolutistisch-polizeilich. Natürlich, die gesamten Interessen der letzten Gruppen waren mit der bestehenden Ordnung der dynastischen Staaten, in die Deutschland zersplittert war, aufs engste verwachsen, als Hof- und Amtsadel war der Herrenstand im Besitz von Ansehen, Geltung, Stellung und Einkommen, die durch jede politische Änderung der nationalen und der konstitutionellen Ideen bedroht erschienen. An diese Gruppe schloß sich auch, was durch die Tendenzen der aus der Aufklärung und Revolution sich wiederherstellenden Kirchen bestimmt wurde. Und die Dynastien, den Blick noch immer starr auf die französische Revolution und den Königsmord gerichtet, suchten hier ihre Stütze. Diesen vereinigten konservativ-reaktionären Mächten stand das Bürgertum als aufstrebende, fortschrittliche Gruppe

Digitized by Google

gegenüber. Alle seine Interessen, die geistigen wie die wirtschaftlichen und Verkehrsinteressen wiesen auf den nationalen Einheitsstaat und die konstitutionelle Verfassung hin: jener mußte die den Aufschwung hemmenden Verkehrsschranken und Rechtsverschiedenheiten der Kleinstaaterei beseitigen, auch der schwer empfundenen Ohnmacht des deutschen Volkes draußen und zur See ein Ende machen. Von der Volksvertretung aber erwartete man, daß sie dem „Volk", d. h. dem führenden, die Masse gegen die Privilegierten vertretenden Stande, dem Bürgertum, den ihm gebührenden Einfluß auf das öffentliche Leben und die Staatsverwaltung bringen werde. Der große und zuletzt den Ausschlag gebende Vorteil auf Seiten des Bürgertums in diesem Kampfe war der, daß das wirkliche Interesse der Nation als solcher den nationalen Einheitsstaat dringend forderte, so daß die Partei, die hierfür eintrat, die geistigen und in der Idee des Volkstums lebenden Kräfte für sich hatte.

Mit diesen realen Gegensätzen in den Zielen der Politik verknüpfte sich der formale Gegensatz von Liberalismus und Polizeiabsolutismus, wieder, wie durch prästabilierte Harmonie, den Interessen der großen Gruppen entsprechend; womit natürlich nicht gesagt ist, daß bei jedem Einzelnen bewußte Erwägungen des Nützlichen den Ausschlag für die Stellungnahme gegeben hätten; beim Einzelnen spielen mannigfache Momente mit herein: persönliche Stimmungen und Erlebnisse, auch theoretische Vorstellungen und Erwägungen. Aber im Großen war die Entscheidung zwischen Liberalismus und Absolutismus durch das mit der Gesamtlage gegebene Interesse bestimmt; das Bürgertum als unterdrückte Partei war liberal, es forderte Einschränkung der Polizeimacht, Ausdehnung der Freiheitssphäre des Individuums; die Konservativen, als herrschende Partei, waren

Digitized by Google

dem Polizeiabsolutismus im Interesse der Erhaltung der „Ordnung“ geneigt, so sehr im übrigen der Staatsabsolutismus als solcher dem Wesen des Adels als eines Herrenstandes widerstrebt: jeder Herrenstand steht als solcher im Gegensatz zur Staatsomnipotenz in jeder Gestalt, auch zur absoluten Monarchie, als welche die „Libertät“ der Herren vernichtet. In den Erinnerungen Bismarcks tritt die ererbte Abneigung des Herrenstandes gegen den Staat, den Absolutismus einer nivellierenden abstrakten Staatsgewalt oft und stark hervor. Aber die politische Lage bringt die Verbindung auch widerstrebender Tendenzen zu stande: wie jede unterdrückte Partei als solche notwendig „liberal“ ist und die „Freiheit“ auf ihre Fahne schreibt, Freiheit der Rede, der Presse, der Versammlung, der Vereinsbildung, weil sie ihrer als Kampfmittel bedarf; ebenso neigt notwendig die im Besitz befindliche Partei als solche zur Stärkung der Staatsgewalt, vor allem zur Ausdehnung der Polizeibefugnisse zur Erhaltung der „Ordnung“ gegen „subversive Tendenzen“. Setzt sich die unterdrückte Partei durch, wird sie zur herrschenden, dann beginnt der Enthusiasmus für die Freiheit bald zu erkalten und eine bisher nicht erhörte Schätzung der „Ordnung“ Platz zu greifen, wie es in der Geschichte des liberalen Bürgertums seit der großen Wendung von 1866 deutlich genug zu Tage tritt: es hat sich längst gewöhnt, straffe Handhabung des Rechts und Ausdehnung der diskretionären Polizeigewalt gegen „Ausschreitungen“ aller Art mit anderen Empfindungen anzusehen, als in den 40er und 50er Jahren. Und auch die Erweiterung der Staatsthätigkeit nach anderen Richtungen wird alsbald mit anderen Augen angesehen, wenn sich die Aussicht eröffnet, sie den eigenen Interessen dienstbar zu machen. Liberalismus und Absolutismus sind demnach rein formelle Kategorien; wer im Besitz der Staatsgewalt ist, strebt im

Digitized by Google

Interesse der „Ordnung" sie zu vergrößern, wer ihren Dru fühlt, strebt sie zu Gunsten der „Freiheit" zu schwächen. D Sozialdemokratie, die jetzt für Freiheit schwärmt und von de Abschaffung des Staats überhaupt träumt, würde, in de Besitz gesetzt, keine Ausnahme von dieser Regel machen; ja s würde, so ist zu vermuten, im Interesse der Selbsterhaltung im Interesse der dann seienden „Ordnung" dem Gebrauch de Polizei und des Gerichts zur Bekämpfung „subversiver Ten denzen" eine bisher unerhörte Ausdehnung zu geben sich ge nötigt sehen: je schwächer die Gewalt fundiert ist, je mehr sich die Inhaber im Besitz bedroht fühlen, desto mehr sind sie genötigt und geneigt, die äußersten Mittel zu ihrer Sicherung anzuwenden, wie es der Verlauf der französischen Revolution mit den Massenhinrichtungen Verdächtiger in größten und leserlichsten Buchstaben auf die Tafeln der Geschichte geschrieben hat.

So sind es also die Interessen gesellschaftlicher Gruppen, die die politische Parteibildung beherrschen. Im Kampf mit einander bringen sie dann, um die Berechtigung und Notwendigkeit ihrer Bestrebungen vor der Vernunft zu beweisen, die Ansichten und Theorien hervor, die das zweite Stück ihres Bestandes ausmachen, nicht ein unwesentliches: ihre geistige Kraft und ein großer Teil ihrer Werbekraft beruht darauf. Vor allem sind es allgemeine Theorien von Staat und Recht, ihrem Wesen und Ursprung, ihrem Rechtsgrund und Zweck, aus denen sie, als aus notwendigen und allgemeingültigen Gedanken, die Stücke des Programms als Forderungen der Vernunft selbst entwickeln. Das Naturrecht ist das bekannteste und bedeutendste Beispiel einer solchen theoretischen Substruktion der Bestrebungen einer aufsteigenden Gruppe: aus einer vorausgesetzten oder theoretisch konstruierten ursprünglichen Gleichheit und Freiheit aller Menschen entwickelte es als notwendige

Digitized by Google

Konsequenzen Gedanken über Staat und Recht, die dann seit 1789 oder schon seit 1776 als allgemeine Artikel in die Verfassungen übergingen, die bestehende ständische Rechtsordnung umstürzend. Ein anderes Beispiel ist die sozialdemokratische Doktrin von Staat und Gesellschaft. Und diese politischen Theorien haben dann wieder die Tendenz, sich zu einer allgemeinen Theorie des geschichtlichen Lebens zu erweitern oder sich mit einer Geschichtsphilosophie zu umgeben. Und die Theorie des menschlich-geschichtlichen Lebens wird endlich zum Ausgangspunkt und zur Unterlage einer allgemeinen Wirklichkeitstheorie, eines universellen philosophischen Systems, wie man dies alles jetzt besonders an der noch in lebendigem Werden befindlichen sozialdemokratischen Partei beobachten kann. So ist es der Wille, nicht die Willkür, sondern die dauernde und wesentliche Willensbestimmtheit einer Gesamtheit, die sich in einer Welt- und Lebensanschauung die ihm gemäße, seine Selbstdurchsetzung ihm gewährleistende ideelle Umgebung verschafft.

Mit dem Wesen der Partei ist ihre Lebensbethätigung gegeben. Das Streben jeder Partei als solcher ist: ihren Willen gegen den Willen der anderen Parteien zum Willen des Ganzen zu machen; sie strebt die herrschende Partei zu werden. Hierin ist zwischen den Parteien kein Unterschied; ob liberal oder konservativ, ob ultramontan oder sozialdemokratisch, jede Partei will herrschen. Der Weg ist verschieden, die eine strebt nach Einfluß bei Hofe und Herrschaft über den Träger der Krone, die andere nach parlamentarischer Regierung oder nach Massenherrschaft: das Ziel ist überall dasselbe, die Macht im Staat. Der Wille zur Macht ist die Seele jeder Partei.

Da dies Ziel nur durch den Sieg über die anderen Parteien zu erreichen ist, so stehen sich demnach die Parteien

Digitized by Google

als kriegführende Mächte gegenüber. Eine Partei, die nicht kämpft, um die Macht kämpft, hat sich selbst aufgegeben und ist bedeutungslos. Und daß dieser Kampf mit aller Energie gekämpft werde, liegt schließlich nicht bloß im Interesse der Partei selbst, sondern auch im Interesse des Ganzen, das die Parteien, wie unsere vorige Betrachtung ergeben hat, als die berufenen Vertreter aller in der Gesamtheit vorhandenen mannigfachen Lebensinteressen hervorbringt. Wie der Kampf ums Recht, nach der Ausführung einer berühmten Schrift eines hervorragenden Juristen, Pflicht der Parteien ist, Pflicht unter dem Gesichtspunkt des Rechts, das nur dann sich durchsetzen kann in der Wirklichkeit, wenn jedes wirkliche Recht von seinem Inhaber ernst genommen und mit aller Kraft verteidigt wird, so ist der Kampf, das energische Einstehen für die eigenen Interessen Pflicht auch der politischen Parteien gegen das Ganze: nur so können alle vorhandenen lebendigen Interessen zur Geltung, alle Kräfte zur Entwickelung kommen.

Die Parteien stehen sich demnach wie kriegführende Mächte gegenüber. Und hierdurch wird ihre Lebensbethätigung der Form nach wesentlich bestimmt. Alle dieselben Vorgänge, die dem Kriege eigen sind, kehren hier wieder: Siege und Niederlagen, Waffenstillstände und Friedensschlüsse, Bündnisse und Annäherungen, Strategie und Taktik; und auch auf die innere Organisation und Führung wird diese Naturbestimmtheit der Parteien zurückwirken. Es kann hierauf an diesem Ort nicht eingegangen werden; nur eins möchte ich berühren, einen Gegensatz, der sich innerhalb jeder Partei geltend macht und für ihr inneres und äußeres Leben von großer Bedeutung ist. In jeder Partei finden sich zwei Tendenzen, und dementsprechend zwei Gruppen, wir wollen sie nennen: die prinzipiell-doktrinäre und die opportunistische. Jene hält streng auf die Prinzipien,

Digitized by Google

ie sie etwa das Programm formuliert; Konsequenz und Prinzipientreue sind ihr die vornehmsten Tugenden des politischen Mannes; ihre Sorge ist, nichts zu thun und zuzulassen, was nicht als Folge des Prinzips sich darstellt, die Folgen mögen dann sein, welche sie wollen. Die opportunistische Gruppe dagegen richtet den Blick vor allem auf den Erfolg. Darum beachtet sie die Umstände und räumt ihnen auf die Entscheidungen wesentlichen Einfluß ein; ihre Sorge ist nicht die Rettung des Prinzips, sondern Macht und Einfluß, in der Form und unter den Bedingungen, wie sie unter den gegebenen Umständen zu haben sind. Beide Tendenzen haben ihre Stärke und ihre Gefahr. Prinziploser Opportunismus führt zuletzt zur inneren Auflösung und allseitigen Verachtung: eine Partei die immer zuerst bedenkt, nicht, was die Sache, aus diesem Gesichtspunkt gesehen, fordert, sondern wie sie mit vorhandenen oder neu auftretenden Strömungen der öffentlichen Meinung sich stelle oder die Gegnerschaft eines mächtigen Mannes vermeide, die bringt sich selbst um die Achtung, sie giebt jedem, der auf seine Macht vertraut, das Recht zu glauben, daß sie für ihn zu haben oder zu besiegen sei. Andererseits, eine Partei, die völlig gleichgültig gegen die Verhältnisse, unentwegt das Prinzip hochhält, verliert zuletzt nicht bloß die Fühlung mit der Wirklichkeit, sondern auch den Willen zur Macht und scheidet damit aus den politischen Machtfaktoren aus: man läßt sie ihr Stück ableiern, ohne sich darum zu kümmern. Es ist die große und für die Lebensfähigkeit einer Partei entscheidende Frage: ob sie die richtige Mitte zwischen den beiden Tendenzen trifft, die, einseitig herrschend, sie zur Nichtigkeit herabdrücken. Es ist die Sache des richtigen Blickes, das Rechte in jedem Augenblick zu treffen: wo Konsequenz bis zur Starrheit, wo Nachgeben gegen die Verhältnisse am Ort ist. Dieser rechte

Digitized by Google

Blick, das Augenmaß für die Dinge, um mit einem Lieblingsausdruck der Erinnerungen Bismarcks zu reden, ist es, der eigentlich die politische Begabung macht. Daß Bismarck ihn in eminentem Maß besaß, machte ihn zu dem herrschenden politischen Mann der Zeit. Thucydides rühmt ihn an dem Themistokles: durch die Energie seiner Natur und die Kürze der Überlegung und des Entschlusses hatte er vor allen andern die Kraft, im Augenblick das Rechte zu treffen.

II.

Wir wenden uns nun, nachdem wir über das Wesen der Parteien uns klar zu werden gesucht haben, zu dem Verhältnis der Parteipolitik zur Moral. Und zwar wollen wir zuerst die Moral, die in der Wirklichkeit gilt und befolgt wird, sodann die Moral, die gelten sollte, betrachten.

Im Krieg, dem Krieg mit den Waffen, ist die Moral, so scheint es zunächst, überhaupt aufgehoben; gegen den Feind ist, nach ursprünglicher Kriegsmoral, alles erlaubt. Wohlwollen, Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit sind Pflichten gegen den Freund, den Volksgenossen, nicht gegen den Feind; ihn gilt es vielmehr zu vernichten. Und wo auf Vernichtung, auf Tötung ausgegangen wird, da darf man natürlich, ja da muß man auch hassen, schädigen, zerstören, täuschen, überlisten. Alles das sind legitime Mittel des Kriegs; wer sich mit Kraft und Klugheit ihrer bedient, der wird als Kriegsheld gepriesen.

Ist das wesentliche Verhältnis der Parteien zu einander der Kampf, sind die Parteien gewissermaßen Kriegsformationen, so wird sich auch hier etwas von der Kriegsmoral einstellen. Und das ist denn in der That sichtbar genug; auch im Parteikampf findet eine wenigstens teilweise Suspension der Moral, die ja zunächst das Verhalten gegen Freunde und Genossen

Digitized by Google

normiert, statt; hat er doch überall die seiner Natur innewohnende Tendenz, zuletzt zum Gebrauch der Gewalt zu treiben, also in den Kampf mit den Waffen überzugehen, wenn nicht eine kräftige Staatsgewalt und ein starkes Gefühl der Volkseinheit ihn in Schranken hält. Kein Wunder daher, daß sich die Parteimoral vielfach der Kriegsmoral annähert. Ich zeige es an ein paar Punkten.

Als Mittel des Parteikampfs steht in erster Linie die Beredsamkeit. Die gesprochene und gedruckte Rede, in öffentlicher Versammlung und in privater Besprechung, in der Presse und in der Litteratur, ist die Hauptwaffe, so lange es nicht zur Gewalt kommt. Der Zweck nun der Rede im Parteikampf ist der Sieg, nicht Mitteilung, Belehrung, Ermittelung und Ausbreitung der Wahrheit, sondern der Sieg über die Gegner. Sieg aber bedeutet hier die Gewinnung des Hörers für die Partei. Und also verwendet die Parteiberedsamkeit alles, was dazu dienlich erscheint, den Hörer von der feindlichen Sache abzuwenden und für die eigene Partei zu gewinnen oder bei ihr festzuhalten. Sie wird also alles sagen, was geeignet ist, die eigene Sache als die gute und siegreiche, die des Gegners als die schlechte und unterliegende hinzustellen. Ob wahr oder unwahr ist, was gesagt wird, das kommt nicht in Betracht, nur muß es nicht so unwahr sein, daß alle Welt es gleich sieht: Wahrscheinlichkeit, nicht Wahrheit ist, wie Plato oft ausführt, die Forderung der Beredsamkeit.

So liegt es in der Natur des Parteikampfs, ganz ebenso wie in der des Krieges, die Täuschung als Kampfmittel zu gebrauchen; die ganze Skala: Überredung, Überlistung, Übertölpelung, Lüge, Betrug, Verleumdung, Schmeichelei, Heuchelei, findet damit Eingang. Im Seelenfang gelten alle Mittel, wie beim Sklavenfang.

Digitized by Google

Von hier aus wäre eine Theorie und Technik der Parteiberedsamkeit zu entwerfen. Ich deute bloß ein paar der gewöhnlichsten Kunstgriffe aus dem reichen Gebiet an.

1) Zielstrebige Auswahl der Thatsachen. Zur Darstellung der gegnerischen Partei, ihrer Bestrebungen und ihrer Vertreter, wird alles gebraucht, was einen üblen Eindruck beim Hörer hinterläßt; übergangen und verschwiegen wird, was von ihnen Gutes zu sagen ist oder was zur Erklärung, Entschuldigung, Rechtfertigung des anderen dienen könnte. Umgekehrt wird zur Schilderung der eigenen Partei und ihrer Freunde alles, was von ihr Gutes und Löbliches mit Recht oder wenigstens mit einem Schein des Rechts gesagt werden kann, verwendet; alles andere wird unterdrückt oder geleugnet. Es ist bekannt, mit welcher Sicherheit in den Zeitungen diese Kunst der Auswahl der Thatsachen geübt wird: was von uns und den Unsern Rühmliches, was von den Gegnern und ihrem Anhang Häßliches und Schimpfliches zu berichten ist, das geht durch die ganze Presse der Partei, das andere wird sorgfältig ausgemerzt. So wird der gläubige Leser von dem Parteiblatt wie mit Scheuklappen ausgestattet, die nur das Zulässige sehen lassen und alles, was ihn in der Sicherheit des Glaubens irre machen könnte, fernhalten. — Übrigens findet dies Verfahren auch in der Geschichtsschreibung, die ja vielfach einen Leitartikelbetrieb im Großen darstellt, sinngemäße Anwendung.

2) Die Thatsachen in zweckentsprechende Perspektive und Beleuchtung rücken. Es liegt hier eine unendliche Fülle wirksamster rednerischer Darstellungsmittel. Übertreibung, ironische oder höhnische Vergrößerung und Verkleinerung, künstliche Anordnung der Thatsachen, zielbewußte Beleuchtung und Färbung, vor allem durch Erregung der geeigneten Affekte beim Hörer,

Digitized by Google

wofür auch Stimme und Vortrag wichtig sind, alles dies macht ein unerschöpfliches Arsenal der Parteiberedsamkeit aus. Die Sprache kommt dem entgegen, sie stellt für denselben äußeren Thatbestand regelmäßig eine ganze Reihe von Wörtern zur Verfügung, die eine ganze Skala von Würdigungen ausmachen, wodurch der Sache alle Qualitäten, von der Verruchtheit bis zur Harmlosigkeit, von der Erhabenheit bis zur Bedeutungslosigkeit, angeheftet werden. Was der eine von seinem Parteistandpunkt eine schmähliche Lüge, eine niederträchtige Verleumdung nennt, das nennt der andere eine harmlose Scherzrede, eine subjektiv gefärbte Darstellung; denselben Vorgang bezeichnet der eine als einen schnöden und schändlichen Vertrauensbruch, der andere als eine notwendig gewordene Lösung eines unmöglich gewordenen Verhältnisses; so ist, was dem einen eine gemeine Empörung gegen die rechtmäßige Obrigkeit heißt, dem andern eine glorreiche, aus dem Volksgewissen hervorbrechende Erhebung gegen tyrannische Gewalt. So kann der Redner, ohne die Thatsachen selbst zu verändern, bloß durch die Wahl der Wörter ihnen einen beliebigen Beigeschmack geben, Gutes und Löbliches durch seines Mundes Hauch in Widriges und Nichtiges wandeln — Mephistopheles ist ein Meister darin — oder umgekehrt Bedenkliches und Schädliches in ein Erlaubtes oder verführerisch Großes umsetzen.

3) Motive unterschieben. Handlungen sind sichtbar, Motive sind unsichtbar; hier ist also das Feld frei für Erfindungen. Indem man Motive in zweckentsprechender Weise hinzudichtet, kann man jeder That jede Würdigung anhängen. Brutus hat Cäsar ermordet: aus Neid, sagt der eine, er konnte seine Größe nicht ertragen; aus Liebe zur Freiheit, sagt der andere, Rom und die Freiheit war ihm heiliger als seine persönliche Anhänglichkeit an Cäsar. So überall: der Gegner

Digitized by Google

that Gutes, sicherlich in gemeiner, selbstsüchtiger Absicht: er hat das Vaterland groß und siegreich gemacht; nun, hat er nicht Ruhm und Gewinn genug davongetragen? und was war es als seine Schuldigkeit? Ein Mitglied der eigenen Partei hat einen Verrat, einen Aktendiebstahl begangen: sicherlich geschah es in bester Absicht; er glaubte, nur durch ein heroisches Mittel könne die gute Sache gerettet, könne eine verzweifelte Lage geheilt werden! Jemand billigt nicht alles, was der Antisemitismus gegen die Juden unternimmt: sicher hat er Geld von den Juden erhalten oder, von irgend einer Ur-Urgroßmutter her, jüdisches Blut in den Adern. Oder er redet von den Juden nicht so viel Gutes als sie selber thun: gewiß ist es der Neid oder gemeiner Rassenhaß, der aus ihm spricht.

4) Konsequenzen machen. Auch das ist ein unentbehrliches Rüstzeug im Apparat aller Parteiberedsamkeit. Vor allem dient es der Abschreckung: wer so oder so redet, diese oder jene Maßregel billigt, der schafft das bekannte Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie, ist also wohl auch, wissentlich oder unwissentlich, ein Anhänger der Revolutionspartei. Oder auf der andern Seite, wer dieser oder dieser Maßregel nicht zustimmt, der kann nicht mehr zu den Liberalen gerechnet werden, der begünstigt die Zwecke des Pfaffen- und Junkertums. Immer wird, was der Verwerfung und des Abscheus der Zuhörer am meisten sicher ist, als die notwendige Wirkung oder Voraussetzung dessen, was der Redner bekämpft, hingestellt.

Hierher gehört auch das Verfahren: irgendwelche Thaten oder Vorkommnisse, die besonders geeignet sind, Unwillen, Haß und Abscheu zu erregen, dem Gegner „an die Rockschöße zu hängen", wie der von Bismarck geprägte, technische Ausdruck lautet. Es ist ein Exceß, ein Attentat begangen worden, sogleich wird es von allen Parteien „fruktifiziert": das ist die

Digitized by Google

Folge dieser oder dieser Richtung, des Sozialismus oder des Kapitalismus, des Liberalismus oder des Ultramontanismus. In aller Erinnerung ist die schmähliche Ermordung des Königs von Italien: es giebt keine Partei, der sie nicht von den Gegnern zugeschrieben worden ist. Der Sozialdemokratie: natürlich, so las man wieder in allen „gutgesinnten" Blättern, der Anarchismus ist die Frucht der Sozialdemokratie, der Königsmord ist die Konsequenz der systematischen Verhetzung der Gemüter. Im Gegenteil, sagt die sozialdemokratische Presse: der Anarchismus ist die Folge der Unterdrückung des Volks und der Freiheit durch Aussaugung und Despotismus; die Organisation der Arbeiter in einer großen politischen Partei, die ihre Mitglieder diszipliniert und ihnen die Vergeblichkeit oder Verderblichkeit einzelner Gewaltthaten demonstrirt, ist der einzige Schutz gegen jene Vorkommnisse. Nein, läßt eine andere Stimme sich vernehmen, die Kugel von Monza und der Dolch Luccheni ist die Folge der Verwüstung der Religion durch den Liberalismus, der Beraubung des heiligen Stuhls durch die von oben gemachte oder gestattete Revolution: Unrecht und Gewalt zeugt und legitimiert Anarchismus und Mord; der Sohn büßt die Schuld des Vaters. Und wieder eine andere Stimme: der Ultramontanismus ist es, der die Verhetzung gegen die weltliche Gewalt systematisch betreibt, die Jesuiten sind es, die das Gewissen gegen den Königsmord abgestumpft haben, waren sie es doch auch, die den Dolch Ravaillacs geschliffen haben.

So die Parteiberedsamkeit. Sie ist gegründet nicht auf eine Untersuchung des Thatbestandes, sondern auf die feststehenden Motive und Tendenzen der Partei. Kaum ist das Telegramm da, so sind auch schon die Leitartikel für die Morgennummer in Arbeit; wer hin und wieder die Blätter der ver-

Digitized by Google

schiedenen Richtungen liest, der kann ohne Prophetengabe vorhersagen, was sie enthalten werden.

5) Endlich ein letztes: Thatsachen erfinden. Wenn sich gerade nichts Geeignetes zuträgt, nun, so muß man so viel Phantasie haben, das Notwendige zu erfinden. Also, Thatsachen, die geeignet sind, den sinkenden Mut der Freunde zu beleben, den der Gegner niederzuschlagen; es ist bekannt, wie viel im Krieg der Glaube ausmacht: der Glaube an den Sieg ist der halbe Sieg, die Armee, die sich geschlagen glaubt, ist schon geschlagen. Oder Vorgänge, die die Abneigung der Massen oder den Argwohn der Mächtigen erregen, z. B. Gerüchte von Verschwörungen, Attentaten, Militärexcessen, Reaktionsneigungen u. s. w. Durch Inscenierung eines kleinen Putsches läßt sich nachhelfen. Man will ein Gesetz, das der Polizei neue Vollmachten giebt, man hält den Belagerungszustand für seine Zwecke für nötig. Es will sich gerade nichts zutragen, was geeignet ist, die Notwendigkeit der Maßregel einleuchtend zu machen; nun, man muß sich helfen. In Krähwinkel haben ein paar junge Bursche im Rausch den Nachtwächter geprügelt; man läßt den Telegraphen spielen: eine Zusammenrottung, die schon den Charakter des Aufruhrs annahm, hat in K. stattgefunden; die obrigkeitliche Gewalt ist nicht nur thätlich angegriffen, sondern zeitweilig der Übermacht gegenüber vollständig machtlos, die öffentliche Sicherheit aufs schwerste bedroht gewesen. Die Sache wirkt, man erreicht seinen Zweck: wer kann da gleich aus Krähwinkel Nachricht haben, um den Telegraphen Lügen zu strafen? Und hinterher, nun, wer denkt noch an Krähwinkel?

So wird im Parteikampf etwas wie eine „Kunst des Lügens" ausgebildet. Sie hat formell denselben Gebrauch und Charakter, wie im Krieg die Kriegslist; nur daß sie viel raffi-

Digitized by Google

nierter in den Mitteln ist und eine viel größere Rolle spielt. Im Krieg sind es schließlich die Waffen, die den Ausschlag geben, sie bringen Ehrlichkeit in das Spiel: Säbel und Flinte verstehen sich nicht auf das Betrügen.

Mit einem Wort berühre ich nach diesen ideellen noch die reellen Kampfmittel, die im Parteikampf zur Anwendung kommen. Es handelt sich hier vor allem darum, der eigenen Partei die günstigere Position zu verschaffen, den Gegner daraus zu verdrängen und ihm die Mittel der Kriegführung abzuschneiden. Wichtig ist hierfür vor allem: alle öffentlichen Stellen von Bedeutung mit zuverlässigen Anhängern besetzen und die Gegner aussperren.

Alle politischen Parteien halten es so; sie handeln, soweit ihr Einfluß reicht, nach der Maxime: die Ämter gehören unsern Freunden. Natürlich, die gute Sache fordert es, den Gegner schwächen und schädigen, die Freunde fördern und heben. Das gilt zuerst und vor allem von den eigentlichen Staatsämtern, von den leitenden politischen Stellen bis herab zu dem Posten des Polizeidieners und Nachtwächters. Sodann aber auch vom Richter- und Lehramt. Auch sie sind wichtig; der Richter, das Recht im richtigen Sinne zu deuten und anzuwenden, der Lehrer, die Jugend mit der rechten Gesinnung zu erfüllen: wer die Jugend hat, hat die Zukunft! Also, überall ist das erste Erfordernis für die Anvertrauung eines Amts oder Postens: Korrektheit der Gesinnung. Wer in diesem Stück nicht genügt, der mag im übrigen Tugenden und Verdienste haben, so viel er will, er kann nicht in Betracht kommen. Schon Neutralität ist ein Mangel, der nicht ausgeglichen werden kann; wer nicht für uns ist, der ist wider uns, er würde wenigstens einem der Unsern den Platz wegnehmen, und vermutlich würde er, soweit sein Einfluß reichte, eben solchen Neutralen den Ein-

Digitized by Google

gang verschaffen. Wo die Parteien unmittelbar die Staatsgewalt in der Hand haben, wie in der demokratischen Republik, da verfahren sie unmittelbar nach dem Rezept: alle Ämter gehören von Gottes und Rechts wegen der herrschenden Partei. Findet ein Wechsel der Partei im Regiment statt, so wird natürlich auch der entsprechende Wechsel in der Besetzung aller Ämter nötig. Ist der Wechsel ein einigermaßen regelmäßiger, so ist die Folge, daß das Volk zwei Garnituren von Beamten zu ernähren hat, deren jede das Amt als Lohn für der Partei geleistete Dienste empfängt und nach Möglichkeit ausbeutet. Ist die Staatsgewalt und die Vergebung der Ämter nicht unmittelbar in der Hand der Parteien, wie in der Monarchie, so werden wenigstens alle Mittel in Bewegung gesetzt, um der herrschenden Stelle die nötigen Suggestionen für die richtige Wahl zu geben: Anpreisungen und Empfehlungen auf der einen, Verdächtigungen und Herabsetzungen auf der andern Seite.

Die Aufgabe der Beamten aber, nach der Vorstellung der Parteien, ist die: die gute Sache zu fördern, vor allem, sie in der Gewalt zu erhalten. Ein Hauptstück ist hierfür: gute Wahlen zu machen. In dieser Absicht kann der Beamte nach dem Herzen der Partei kaum zu viel thun: Beeinflussung und Bestechung, Bedrohung und Abschreckung, sind, von leisem Winken und Zureden bis zu deutlichstem und handgreiflichstem Vorgehen legitime Mittel der Kriegführung, die in Anwendung zu bringen Pflicht gegen die gute Sache ist. Selbstverständlich ist nichts zu unterlassen, was die Agitation des Gegners lahm zu legen helfen kann; strengste Auslegung und Handhabung der gesetzlichen Vorschriften, durch ein wenig Polizeiwillkür erweitert, um Versammlungen zu verhindern und aufzulösen, Bedrohung der Inhaber von Agitationsgelegenheiten, von Räumen oder Zeitungen mit wirtschaftlichen Nachteilen und

Digitized by Google

so fort sind ja überall bekannte Dinge*). Selbst etwas widergesetzliche Gewalt ist nicht zu scheuen, wenn die Gefahr der Niederlage dringend ist; man kann sie ja hinterher preisgeben und den Beamten „rektifizieren", ohne ihm dabei im übrigen weh zu thun; und kann man ihn an der Stelle nicht halten, so versetzt man den erprobten Mann zur Strafe in eine bessere und einflußreichere.

In ähnlicher Weise hat, nach der Auffassung der Parteien, die Justiz ihr Amt zu verwalten. Sie wird vor allem wissen, wo die ganze Strenge des Gesetzes, wo andererseits eine nachsichtige Auslegung seiner Bestimmungen am Ort ist. Handelt es sich um einen verdienten Mann, so wird sie ein oder auch beide Augen zudrücken, ein Skandal, so hält man ihr vor, würde mehr schaden, als die Erfüllung der Gerechtigkeit nützen. Kann man dagegen dem Gegner auf dem Wege rechtens beikommen, so ist die Gelegenheit ja nicht vorüberzulassen und die Strafe so hoch und so entehrend als möglich zu bemessen. Eine gerichtliche Verurteilung erspart viel Beredsamkeit; man braucht in der Folge nur darauf hinzuweisen, um den Gerichteten unmöglich zu machen und vor seinen Genossen zu warnen: solcher Dinge sind diese Leute fähig. Bietet das Leben des Gegners gar keine Handhabe, so muß man solche zu schaffen versuchen; falsche Anschuldigungen mit falschen Zeugen gehören zum ständigen Apparate der Parteikämpfe; jede leidenschaftlich bewegte Zeit, namentlich eine Zeit der Reaktion und der

*) Von dem Präsidenten Jackson, der das Spoilensystem in den Vereinigten Staaten zuerst grundsätzlich durchführte, wird erzählt, daß er zwei Offiziere vor ein Kriegsgericht stellen ließ, weil sie Heeresbedarf bei einem Mitglied der Gegenpartei eingekauft hatten. So berichtet bei Merkel, Die moderne Demokratie, in dessen gesammelten Fragmenten und Abhandlungen, I, 333. Man findet in diesem Band eine Fülle von historischen, kritischen und dogmatischen Betrachtungen über das Parteiwesen.

Digitized by Google

Revanche bringt derartige Bubenstücke hervor, ehrliche Männer zu verderben.

Reicht aber das vorhandene durchaus nicht hin, den verderblichen Bestrebungen der Gegner damit beizukommen, nun, so muß man bessere Gesetze machen; das ist die Idee, die sich alle Parteien von der Gesetzgebung machen. Die Aufgabe des Rechts ist die Erhaltung der Ordnung; die Gegner aber gehen auf die Umwälzung der bestehenden Ordnung aus; also ist es recht, Gesetze zu machen gegen den inneren Feind, die ihm die Erreichung seines Ziels unmöglich machen. Plato läßt in der Republik den Kallikles die Definition aufstellen: Recht ist das, was dem Stärkeren nützlich ist; das ist ganz im Sinne jeder herrschenden Partei gedacht: das Recht ein Mittel uns im Besitz zu sichern.

Genug von den Formen und Mitteln des Parteikampfs. Man sieht, er drängt überall über die Grenzen hinaus, welche die Moral mit ihren Forderungen der Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit zieht, er führt überall dazu, Lüge und Unrecht als Mittel im Kampf um die Macht zu brauchen und zu rechtfertigen. Und was ihn so gefährlich für den Charakter macht, das ist, daß die Sache einen guten Schein hat: für sich und seine persönlichen Interessen Lüge und Unrecht zu brauchen ist unanständig, aber hier handelt es sich ja um die „gute Sache". Der Zweck heiligt das Mittel, dieser Grundsatz, der den Jesuiten zugeschrieben zu werden pflegt, ist das eigentliche Prinzip aller Parteimoral: der Erfolg rechtfertigt den Gebrauch auch sonst bedenklicher Mittel. —

Also sollten keine Parteien sein; das scheint die notwendige Folgerung aus dem Standpunkt der Moral; auch hier das Ideal der ewige Friede, nur ein Kampf: der Kampf gegen das Schlechte und Gemeine.

Digitized by Google

Ich sehe doch nicht, wie wir das Ergebnis unserer früheren Betrachtung zurücknehmen können. Ohne Parteien, so fanden wir, ist ein öffentliches Leben unmöglich; soll die Bevölkerung, sollen die breiten Massen am Leben des Staats, am geschichtlichen Leben teilnehmen, so werden und müssen Parteien als die Organisation von unten entstehen. Nur in einem universellen Absolutismus könnte der Parteikampf zur Ruhe kommen. Es würde nicht das Bessere sein: Absolutismus ist auf die Dauer gleichbedeutend mit Erstarrung. Schon der alte Heraklit hat das gesehen: der Krieg ist der Vater der Dinge, er bringt Leben und Bewegung hervor; das gilt vom Krieg der Völker, es gilt auch vom Kampf der Parteien. Völker ohne innere und äußere Kämpfe erstarren, China zeigt es. Krieg und Kampf bleiben Übel, aber sie sind notwendige Übel. Im Himmel ist ewiger Friede, ist die Alleinherrschaft der Wahrheit und Gerechtigkeit. Auf Erden herrscht der Krieg, und er läßt sich nicht ausschalten. Wie nach Goethe der Tod das Mittel der Natur ist, viel Leben zu haben, so ist der Kampf ihr Kunstgriff, die Lebewesen zur höchsten Entwickelung der Anlagen und Kräfte zu treiben; im Kampf steigern und stählen sich alle Kräfte, die Kräfte der Intelligenz und des Willens so gut als die physischen; in der Ruhe, in der gesicherten Stellung erschlaffen sie. An den geistigen Richtungen kann man das ebenso beobachten, wie an den politischen Mächten. Setzt sich eine Richtung vollkommen durch, in der Philosophie und Wissenschaft, in der Litteratur und Kunst, und selbst in dem religiösen Leben gilt dasselbe, hat sie keinen Gegensatz mehr außer sich, so legt sie sich auf ihren Erfolgen zur Ruhe, wird satt und träge, unproduktiv und unwirksam. Man denke an den Katholizismus des ausgehenden Mittelalters: die Kirchenspaltung hat, was sie immer für Jammer und Elend über das deutsche Volk gebracht

Digitized by Google

haben mag, auf jeden Fall dem religiösen Leben, und zwar auf beiden Seiten, lebhafteste Anstöße gegeben. Und die Fortdauer der Spannung, des Gegensatzes, des Kampfs ist doch wohl die Ursache, daß in Deutschland, dem religiös am meisten geteilten Land, am meisten religiöses Leben, am meisten lebendige Religion ist. Auch der Katholizismus erkennt, wenigstens gelegentlich und in abstracto an, daß die große Häresie des 16. Jahrhunderts der Kirche zum Segen ausgeschlagen sei. Und so wird der Protestantismus zuletzt es nicht für ein Unglück ansehen dürfen, daß er nicht ganz durchgedrungen ist: besser ein religiös gespaltenes Volk, als eine einheitliche Staats- und Nationalreligion byzantinischer Ordnung. Im Kampf mag das vergessen werden, dem Kämpfenden schweben Sieg und Herrschaft als Ziele vor. Der Betrachter, der die Geschichte im ganzen überblickt, wird sich der Anerkennung der Notwendigkeit des Gegensatzes und des Kampfs nicht entziehen können. In Goethes Faust spricht der Herr, der über allen Gegensätzen steht, der seine Sonne scheinen läßt über Gerechte und Ungerechte, diese Notwendigkeit aus,

> Des Menschen Thätigkeit kann allzu leicht erschlaffen,
> Er liebt sich bald die unbedingte Ruh.
> Drum gab ich gern ihm den Gesellen zu,
> Der reizt und wirkt und muß, als Teufel, schaffen.

Also, nicht um Beseitigung der Parteien und des Parteikampfs kann es sich handeln; sie würde übrigens auch durch den Absolutismus nicht erreicht werden: es würden hier nur an die Stelle der Parteien Coterien, und an die Stelle der Parteikämpfe Hofintriguen und Kabalen mit all ihrer Niedertracht und Tücke treten, sie sollen selbst dem Hof des Stellvertreters Gottes auf Erden nicht fremd sein. Es kann sich handeln nur um die rechte Gestaltung des Kampfs, sagen wir um seine Humanisierung und Ethisierung.

Digitized by Google

Vier Momente hebe ich hervor als die Grundlinien einer Moral des Parteikampfs, wie sie sein sollte.

1. Einen ehrlichen Kampf kämpfen. Das heißt: mit ehrlicher Überzeugung und ehrlicher Hingebung an die Sache kämpfen. Wer mit aufrichtiger Überzeugung und Hingebung für die Sache kämpft, im Glauben, daß es die gute Sache sei, der kämpft einen ehrlichen Kampf und verdient Achtung, die Sache mag im übrigen sein, welche sie will. Sein Glaube wird ihm zur Gerechtigkeit gerechnet. Dagegen wer ohne Glauben an das Recht der Sache, nur aus Rücksichten auf das eigene Interesse, aus Bequemlichkeit, aus Menschenfurcht, aus Berechnung einer Partei sich anschließt, der kämpft nicht ehrlich, der ist innerlich ein Verräter und wird es auch äußerlich, sobald eine Verschiebung in den Machtverhältnissen es ihm ratsam erscheinen läßt.

Hier liegt die Gefahr für die herrschende Partei als solche: alle diejenigen, die keine Überzeugung, sondern nur Berechnung haben, laufen ihr zu. Die siegreiche Partei wird immer die Partei der Streber und Beutejäger, die geschlagene und unterdrückte Partei wird mehr und mehr zur Partei der ehrlichen Leute. Es ist das Verhängnis des Siegs in diesem Kampf; der geschlagenen Partei wachsen die inneren Kräfte und befähigen sie, den Kampf wieder aufzunehmen und den Umschwung herbeizuführen, bis sie selbst wieder jenem Gesetz unterliegt. Die Wellenbewegung, die für alles geschichtliche Leben charakteristisch ist, ist damit gegeben: eine Richtung, eine Tendenz entwickelt sich bis zu einem Höhepunkt, sie nähert sich der Alleinherrschaft, dann überschlägt sie sich und versinkt.

2. Mit ehrlichen Waffen kämpfen. Nicht mit vergifteten Waffen, nicht mit Lüge und Verleumdung, mit Tücke und hinterlistiger Gewalt. Das schließt Zorn und Leidenschaft

Digitized by Google

im Kampf nicht aus: kein rechter Kampf ohne Leidenschaft. Der ehrliche Zorn und Haß hat auch sein Recht, auf dieser Erde wenigstens; kein großer Mann ohne Härte, ohne Eisen im Blut; die Schicksalsmänner sind aus hartem Stoff gebaut. Und jeder rechte Mann muß lieben und hassen. Es mag auch in der Hitze des Gefechts geschehen, daß er einmal über die Schnur haut, daß er dem Gegner nicht bloß wehe thut, daß er ihm auch Unrecht thut. Luther hat von Rom und dem Papsttum manches gesagt, was vor unbefangener geschichtlicher Prüfung nicht besteht, von der harten Form seines Ausdrucks gar nicht zu reden. Wer wollte darum Luther anders?

Der Gott der Eisen wachsen ließ,
Der wollte keine Knechte.
Drum gab er Säbel, Schwert nnd Spieß
Dem Mann in seine Rechte.
Drum gab er ihm den kühnen Mut,
Den Zorn der freien Rede,
Daß er bestände bis aufs Blut,
Bis in den Tod die Fehde.

Aber bewußte Lüge, vorbedachte Verleumdung, heimtückische Meuchelei, mit dem Dolch oder dem Wort, das sind vergiftete Waffen, die ein ehrlicher Mann nicht in die Hand nimmt. Um seiner selbst willen nicht, Ehre und Selbstachtung machen es ihm unmöglich. Wobei denn selbstverständlich bleibt: Krieg ist nicht ein Spiel mit offenen Karten, der Parteikampf so wenig wie der Waffenkrieg. Ich kann nicht dieselbe Aufrichtigkeit, womit ich dem Freunde begegne, dem Feinde entgegentragen. Täuscht er sich, es ist nicht meine Pflicht, ihn aufzuklären, geht er irre, ich hab ihn nicht zurechtzuweisen, schadet er sich selbst durch thörichte Worte oder Thaten, ich kann ihn nicht abhalten: bei dem Verhältnis, wie es zwischen uns besteht, handelt jeder auf eigene Gefahr.

Digitized by Google

3. Den Menschen im Gegner achten. Es giebt ein neutrales Gebiet jenseits des Kampfs, das Gebiet des rein Menschlichen. Wie im Krieg, wenn der Einzelne dem Einzelnen als Mensch begegnet, der Krieg und mit ihm die Kriegsmoral suspendiert wird, so giebt es auch im Kampf der Parteien Begegnungen, wo du deinem Gegner nicht als Gegner, sondern als Mensch gegenüberstehst. Hier gilt: vergiß des Kampfs, handle gegen ihn nicht als Feind, sondern als Mensch. Als Bruder, sagt das Evangelium. Und sein Gebot der Feindesliebe hat ja wohl eben hier seine Anwendung. Es bedeutet nicht und kann nicht bedeuten: thu jedem seinen Willen, dem Guten zum Guten, dem Bösen zum Bösen; es bedeutet nicht: fördere die Zwecke derer und rede Gutes von denen, die nach deiner Überzeugung auf verkehrten und verderblichen Wegen wandeln; das hat Jesus auch nicht gethan, vielmehr ist er mit harter Rede und ehrlichem Zorn den Leitern seines Volks, die er für blinde Leiter halten mußte, begegnet. Sondern es bedeutet: triffst du den, den du im öffentlichen Leben, um der Sache willen bekämpfst, in rein persönlichen, privaten Nöten, so entzieh dich ihm nicht: hungert deinen Feind, so speise ihn, dürstet ihn, so tränke ihn. Vielleicht giebt es zugleich Gelegenheit, euch gegenseitig verstehen zu lernen. Müßt ihr aber weiter kämpfen, um der Sache willen, so wird der Kampf nun mit mehr Achtung und Schonung des menschlichen Gebiets auch von seiner Seite geführt werden, und die unehrlichen Waffen werden verschwinden.

Eine wesentliche Voraussetzung aber für diese Achtung des Menschen im Gegner wird die sein, daß man sich die Überzeugung zur Gewissenspflicht macht: es giebt ehrliche und rechtschaffene Menschen in allen Parteien. Lessing erinnert einmal: „daß alle Länder gute Menschen tragen". Nun, dasselbe gilt

Digitized by Google

von den Parteien: es giebt keine Partei, der nicht Männer angehören, die nicht nur mit ehrlichem Glauben für sie als für die gute Sache eintreten, sondern die auch als Menschen deiner Achtung und Zuneigung wert sind; wie denn andererseits die eigene Partei nicht frei sein wird von solchen, die du weder schätzen noch lieben kannst; die Grenzlinien zwischen den Parteien sind nicht die Grenzlinien zwischen den Guten und Bösen. Dem Parteimann in dir mag es schwer ankommen, der Haß gegen die Sache überträgt sich auf die Personen und hat die Tendenz, Zerrbilder auch von ihrem menschlichen Wesen zu entwerfen: ein Sozialdemokrat ein wüster Geselle mit Aufruhrsgedanken im Kopf, ein Konservativer ein verknöcherter Hasser des Fortschritts oder ein brutaler Feind der Freiheit und des Volks, ein Jesuit ein listiger und lügnerischer Schurke, dem alle Mittel zum Ziel recht sind, ein Tscheche ein roher und ungeschlachter Bursche, den du getrost verachten darfst. Gieb dieser Tendenz nicht nach, laß den Parteimann in dir den Menschen nicht überwinden oder aufzehren, so wirst du auch den Menschen im Gegner erkennen und achten.

4. Das Ganze über die Partei stellen. Das Volk und sein Wohl geht der Partei und ihrer Selbstdurchsetzung voran. Ist das Vaterland in Gefahr, dann schweigt der Streit der Parteien. Und auch im Kampf der Parteien muß das Interesse des Ganzen zuletzt ausschlaggebend sein. Verschiedene Parteien sehen das Interesse des Ganzen unter verschiedenem Gesichtspunkt mit Notwendigkeit, denn jedem sind die eigenen Interessen näher und erscheinen ihm darum, nach dem auch hier gültigen Gesetz des perspektivischen Sehens, größer als die der andern. Aber für alle Parteien muß die Maxime gelten: das Ganze geht dem Teil, das Interesse des Volks dem Interesse der Partei vor. In der Parteiberedsamkeit bekennt

Digitized by Google

sich jede Partei zu dieser Maxime: alle lassen sich angelegen sein zu demonstrieren, daß, was sie erstreben, nicht durch ihr selbstisches Interesse, sondern von dem Wohl des Ganzen gefordert werde; die Programme überbieten sich an Selbstlosigkeit und Hingebung: allein für die Monarchie, oder allein für das Volk, oder für die Freiheit und Gerechtigkeit. In Wirklichkeit sind die Programme wohl oft nichts als Dekorationen für die Verfolgung selbstsüchtiger Interessen. Die Ethik gebietet: auch im Dienst der Partei dem Vaterland zu dienen und keinen Schritt zu thun, der um der Durchsetzung des Parteiinteresses das Landes- und Volksinteresse preisgiebt.

Sind die Parteien imstande, sich so als Kämpfer für das Wohl des Ganzen anzuerkennen, nur daß sie es auf verschiedenen Wegen suchen, dann ist, wie ehrlicher Kampf, so auch ehrlicher Friede zwischen ihnen möglich. Zwischen Bismarck und seinen alten Gegnern kam 1866 ein solcher Friede zu stande, er erkannte an: ihr habt ehrlich für das Recht und das Beste des Landes gefochten, wie es euch sich darstellte; sie erkannten an, daß er den Weg zum Ziel richtiger als sie gesehen.

Nicht vergessen wollen wir hier zu bemerken, daß dasselbe auch für die Kämpfe der Völker gilt. Die Völker sind Glieder der Menschheit und darum wird auch hier gelten: das Ganze geht den Teilen vor. Freilich, was das Beste der Menschheit sei, ist noch schwerer zu erkennen, als was die Wohlfahrt eines Volkes erfordere; und so geschieht es überall, daß die Völker thatsächlich das eigene Interesse absolut setzen, unbekümmert darum, wie bei seiner Durchsetzung die Menschheitsinteressen fahren. Hielten es die Völker früher unbedingt so, als absolut selbstsüchtige Wesen die eigenen Interessen mit allen Mitteln auf Kosten aller übrigen verfolgend, so sind sie in der Neuzeit wenigstens mit der Beredsamkeit beflissen, das eigene Handeln

Digitized by Google

als einstimmig mit dem Menschheitsinteresse darzustellen: nach ihr wird kein Krieg geführt als im Interesse der Kultur und Humanität. Nach einem bekannten Wort ist die Heuchelei der Tribut, den das Laster der Tugend zollt. Vielleicht kann man sagen: jene Beredsamkeit der Diplomatie und der Presse ist der Tribut, den die modernen Völker der Idee der Humanität zollen. Sie verrät wenigstens ein Bewußtsein davon, daß es eine ideelle Einheit über den Völkern giebt. Es ist wohl zuletzt der christliche Gedanke von der brüderlichen Einheit aller Menschen, der Gedanke eines Reichs Gottes auf Erden, der die Absolutsetzung der staatlichen oder nationalen Interessen, wenigstens in der Rede, zurückdämmt, vielleicht doch auch hier und da in den Gedanken und Empfindungen. Er bildet etwas wie ein Völkergewissen in der europäischen Welt.

Wir haben die Moral, die herrscht, und die Moral, die herrschen sollte, betrachtet. Wir berühren zum Schluß die Frage: wie verhält sich das Ist zum Soll? Findet eine Annäherung an das Ideal statt? Machen wir in der Ethisierung des Parteikampfs Fortschritte?

Ich glaube doch, man darf es sagen. Etwas Ähnliches, wie in der Geschichte des Kriegs, eine fortschreitende Humanisierung, läßt sich auch in der Geschichte der Parteikämpfe erkennen.

Der Krieg hat nie aufgehört, neue und furchtbarere Vernichtungsmittel in seinen Dienst zu stellen; allen voran steht hierin das letzte Jahrhundert. Aber gleichzeitig hat er von der barbarischen Wildheit mehr und mehr abgelegt, und auch hierin darf das 19. Jahrhundert sich rühmen, den früheren voranzustehen, es hat die Kriegführung innerlich humanisiert; vor allem hat es den Krieger gelehrt, im Feinde den Menschen achten: nur der Wehrkraft gilt der Angriff, nicht dem Wehrlosen; und selbst der Krieger, sobald er aufhört, als solcher sich

Digitized by Google

bethätigen zu können, der Verwundete und Gefangene, hört auf als Feind behandelt zu werden, wird als Mensch geschont und gepflegt. Wir werden hierin einen der schönsten Triumphe der Menschlichkeit erblicken dürfen und uns die Freude darüber ebenso wenig durch gelegentliche Rückfälle in die Barbarei als durch schneidige Reden oder sophistische Erwägungen stören lassen: ob nicht Wildheit und Grausamkeit in der Kriegführung, Krieg ohne Schonung und ohne Pardon, im Erfolg sich lebensparender und also in Wirklichkeit menschenfreundlicher erweisen würde als ein Krieg mit Einschränkungen und humanen Rücksichten.

Auch das ist ein Fortschritt: rein dynastische Kriege, wie sie Ehrgeiz und Laune eines Despoten früher führte, sind nicht mehr möglich; der Krieg ist nur möglich, wenn er durch die Rücksicht auf die Lebensinteressen des Volks notwendig gemacht wird. Endlich: Ausrottungskriege, wie sie früher überall geführt wurden, wie die griechischen Stämme und Städte untereinander führten, sind unter den Völkern der christlichen Civilisation nicht mehr möglich; etwas von dem Gefühl, eine Völkerfamilie zu sein, die durch jedes ihrer Glieder innerlich bereichert wird, hat sich hier durchgesetzt.

Nun, ähnliche Wandlungen haben doch auch im Parteikampf stattgefunden. Parteikämpfe, wie sie in allen griechischen Städten beständig stattfanden, sind gegenwärtig nicht möglich; die Niedertracht und Grausamkeit jener Kämpfe, wie sie uns in der Geschichtserzählung des Thucydides entgegentritt, berührt uns wie ein Zug aus einer uns fremden Welt, einer barbarischen würden wir sagen, wenn nicht der Abschlachtung der Besiegten kunstreiche Redegefechte vorhergingen. Man erinnert sich auch der platonischen Dialoge; der Ruhm des Sophisten und Lehrers der Beredsamkeit ist; er sei Inhaber der Kunst und könne sie lehren, nach Willkür zu töten, zu verbannen, des

Digitized by Google

Vermögens zu berauben, wen er wolle, nämlich durch Beherrschung des Volkswillens, durch Lenkung des Volksbeschlusses. Oder man erinnere sich der Römischen Bürgerkriege und der nachfolgenden Proskriptionen. Oder auch der Parteikämpfe des Mittelalters, in den italienischen Städten, in Florenz, der hochgelobten Stadt der Kunst, oder an die Kämpfe zwischen Rat und Zünften in den deutschen Städten: auch hier ist häufig genug das Ende, daß die Köpfe der Besiegten auf dem Markt in den Sand rollen. Oder man werfe in die Streitschriften der allgemeinen Parteien, der kaiserlichen und der päpstlichen, einen Blick: es giebt kein Laster und keine Schändlichkeit, dessen sich nicht Heinrich IV. und Gregor VII. darin gegenseitig schuld gaben.

Hiergegen gehalten werden die Parteikämpfe der Gegenwart, wenigstens in unserem Lande, und dasselbe gilt doch mehr oder minder auch von den andern zivilisierten Staaten, mit Maß und Bescheidenheit geführt. Die Verleumdung hält sich, hiermit verglichen, in bescheidenen Grenzen; die Person des Gegners und seine persönlichen Verhältnisse in die öffentlichen Kämpfe hineinzuziehen, gilt, wenn es sich auch die Beredsamkeit nicht ganz nehmen läßt, doch kaum mehr für anständig. Das „Töten, Verbannen und Vermögen einziehen", das regelmäßige Ziel der Parteikämpfe in den alten Stadtstaaten, darf als ausgeschieden aus den regelmäßigen Zielen unserer Parteipolitik gelten: der Geschlagene zieht sich einfach in die Minorität zurück und beginnt den Kampf um die Gewinnung der Mehrheit aufs neue. Und endlich ist das Transigieren mit dem Landesfeind, wie es in den griechischen Parteikämpfen regelmäßig stattfand: in jeder Stadt eine Partei, die mit dem auswärtigen Feind konspirierte, und nicht bloß mit Sparta und Theben, sondern auch mit Macedoniern und Persern, aus unseren

Digitized by Google

Parteikämpfen so gut wie ausgeschieden. In der Parteipresse ist es zwar auch heute noch üblich, den Gegner der Reichsfeindschaft, der vaterlandslosen, internationalen Gesinnung, der Besorgung der Interessen des Auslandes u. s. w. anzuschuldigen. Aber das Mittel ist so abgenutzt, daß es kaum noch Erfolg hat; niemand glaubt der Beschuldigung, oder doch nur ungewöhnlich gläubige Leser. Staats- und Volksbewußtsein sind so stark geworden, daß dem Landesfeind gegenüber jeder Parteigegensatz alsbald erlischt.

Fragen wir nach der Ursache dieser Wandlung zum Besseren, so werden wir sie kaum so sehr in einer Wandlung der menschlichen Natur, in der Humanisierung der Triebe, in der Moralisierung der Gesinnung der Einzelnen zu suchen haben, als in Wandlungen der allgemeinen Verhältnisse des geschichtlichen Lebens. Und das wird nicht zu beklagen sein, im Gegenteil, es giebt für die Zukunft um so sicherer begründete Hoffnung.

Ich hebe drei Momente hervor: 1) Die Bildung nationaler Großstaaten. In diesen entwickelt sich das Volksbewußtsein zu einer Stärke, daß es das Konspirieren mit dem Landesfeind unmöglich macht; damit wird zugleich dem Parteikampf das stärkste Moment des Mißtrauens und der Verbitterung genommen. Zugleich erhalten im Großstaat die Parteien einen nationalen Charakter: das persönliche Moment, das in den kleinen Staaten die Parteien zu Faktionen macht und den Parteikampf besonders verbittert, tritt in den erweiterten Verhältnissen mehr zurück; die Parteien werden in das Element des Allgemeinen eingetaucht, Parteibildung ist nur auf Grund großer, allgemeiner Interessen, materieller oder ideeller Interessen, möglich. Eben damit wird es den Parteien erleichtert, ihre relative Berechtigung gegenseitig anzuerkennen.

Digitized by Google

2) Die monarchische Verfassung. In der Monarchie, der wirklichen Monarchie, liegt die Regierung nicht in der Hand einer Partei. Parteien, in der Volksvertretung organisiert, kommen und werden Einfluß auf die Regierung haben, aber sie herrschen nicht. Die Dynastie wirkt nun notwendig als ein mäßigendes Element im Parteikampf: sie steht als dauernde Trägerin der Regierungsgewalt außer und über den Parteien. Ihr unmittelbares Interesse fällt, sofern sie sich selbst versteht, nicht mit dem Interesse einer Partei, einer Klasse oder Gruppe der Bevölkerung, sondern mit dem Interesse des ganzen Volks unmittelbar zusammen; die Macht und Bedeutung der Dynastie beruht auf der gesunden Entwickelung aller Volkskraft. Sie ist, als das sichtbare Symbol der Volkseinheit, der feste Punkt in der Parteiungen Flucht; selbst in einem parlamentarisch regierten Staat wie England ist sie noch ein Element von großer Bedeutung. Auch daß der Kampf um die Spitze wegfällt, der in Republiken bei der Wahl des Präsidenten die Leidenschaften aufs höchste treibt, ist ein nicht zu unterschätzender Gewinn.

Der Dynastie steht zur Seite das Beamtentum, auch dieses außer und über den Parteien. Im monarchischen Staat wird das Amt verliehen nicht durch Wahl der Parteien, sondern durch königliche Ernennung. Damit ist gesagt: der Beamte, und ebenso der Richter, der Lehrer, steht im Dienst des Königs, im Dienst des Staats, im Dienst des Volks, nicht im Dienst einer Partei, sein einziges Absehen die Ehre und Würde, das Recht und Gedeihen des Ganzen, nicht die Beförderung dieser oder jener Parteizwecke.

Und damit wäre denn zugleich die Politik der Monarchie gegen die Parteien gegeben: sie wird alle beachten, alle hören, aber keiner dienen, keiner sich gefangen geben. Das wird für die Maßregeln gelten, es wird ebenso für die Auswahl der

Digitized by Google

Personen gelten: die wahre Monarchie wird sich in der Wahl der Beamten nicht durch die Forderungen der Parteien bestimmen lassen, sondern allein durch Tüchtigkeit für den Dienst und Treue gegen das Land. Die Parteien streben natürlich auch im monarchischen Staat nach der Herrschaft, sei es direkt, in der Form der Parlamentsherrschaft, sei es indirekt, in der Form der Beherrschung des Hofes und des Monarchen. Die Partei, die den letzteren Weg einschlägt, wird natürlich streben, sich als die monarchische Partei schlechthin vorzustellen, im Gegensatz zu anderen antimonarchischen oder scheinmonarchischen. Es gehört nicht eben tiefes Nachdenken oder geschichtliche Erkenntnis dazu, das Irreführende dieser Vorstellung zu erkennen. Es giebt keine monarchische Partei in dem Sinn, daß sie die Monarchie um der Monarchie willen wollte, daß sie der Monarchie selbstlose Dienste zu leisten bestrebt wäre. Es giebt Personen, die dies wollen, aber keine Partei, jede Partei sucht das Ihre; Parteien thun nichts um Gottes willen, auch nicht um der Monarchie willen, sie sind monarchisch, weil und soweit sie, abgesehen von dem patriotischen Interesse für das Ganze, auch ihre partikulären Interessen durch die Monarchie anerkannt und gesichert sehen. Findet dies nicht statt, steht Dasein und Wirksamkeit der Monarchie oder dieser Dynastie in dauerndem und deutlich empfundenem Gegensatz zu der Gesamtheit der Parteiinteressen, der ideellen und der materiellen, dann schwindet auch allmählich der Enthusiasmus für die Monarchie oder die Dynastie. Und weil es so ist, darum kann sich die Monarchie nicht auf eine Partei stützen, ohne sich selbst aufzugeben. Bindet sie sich in ihrer Politik und in der Wahl der Männer an die Zustimmung einer Partei, so hat sie aufgehört, Repräsentantin des ganzen Volks zu sein. Man kann daher sagen: eine Regierung, die ganz und gar den Beifall einer Partei hat,

Digitized by Google

ist keine monarchische mehr, sie ist die Gefangene der Partei. Für die Partei natürlich eine hocherwünschte Sache: das Ansehen und die Heiligkeit der Krone zur Niederhaltung der andern Parteien zu gebrauchen.

3) Das Wachstum des historischen Sinnes. Der historische Sinn giebt die Fähigkeit, die relative Berechtigung auch des anderen zu verstehen. Die Geschichte lehrt: alles geschichtliche Leben vollzieht sich in dem Kampf von Gegensätzen; für die historische Betrachtung hat also jede Seite ihre Notwendigkeit und damit in gewissem Sinne ihr Recht. Der früheren Zeit fehlt der historische Sinn, weder das Altertum, noch das Mittelalter kannte ihn, wenigstens nicht als einen Einschlag der Lebensanschauung der weiteren Kreise; sie kannten nur absolute Kategorien, nicht historische und relative. Im Prinzip hält der Katholizismus daran fest: die Kirche und ihre Glaubens- und Lebensform alleinseligmachend, alles andere stammt von der Welt oder vom Teufel. Thatsächlich denken auch die Katholiken nicht mehr so. Und der Protestantismus hat von Anfang an diesen Standpunkt der Exklusivität aufgegeben, er läßt die Frömmigkeit des Einzelnen auch in katholischer Gestalt gelten, ja er läßt jetzt regelmäßig den Katholizismus selbst als eine Form des geschichtlichen Christentums gelten. Noch viel weiter geht diese Fähigkeit, das Gegebene mit historischem Sinn in seiner relativen Berechtigung zu sehen, in den Kreisen der modernen Humanitätsbildung, in den Kreisen derer, die Lessing, Herder, Goethe folgen; sie erkennen in jeder Form des religiösen und nationalen Lebens das Eigentümliche und Echte als eine Bereicherung des Wesens der Menschheit. Etwas von dieser Gesinnung ist nun doch auch in die Gesamtbildung übergegangen und mildert auch die politischen Gegensätze. Selbst in dem Programm einer so dogmatischen Partei, wie der Sozial-

Digitized by Google

demokratie, ist dieser historische Sinn erkennbar, ja man kann sagen, es ist eigentlich ganz auf historische Betrachtung gebaut: die Revolution, die die Partei erstrebt, schließlich ein mit geschichtlicher Notwendigkeit allmählich sich vollziehender Vorgang der Wandlung des wirtschaftlichen und dann auch des politischen Lebens, nicht eine durch Gewaltthat von außen herbeiführbare plötzliche Umwälzung. Daher denn bei dieser Betrachtung auch die kapitalistische Entwickelung ihre Notwendigkeit und ihr Recht hatte und hat, natürlich ein historisches und relatives Recht.

Ich komme zum Schluß. Nach allem werden wir sagen: Parteien und Parteikämpfe können und werden nicht aufhören. Aber sie können und werden humanisiert, ethisiert werden. Das heißt nicht, daß sie zahm und kraftlos werden sollen. Von lahmer Zahmheit haben wir gegenwärtig in deutschen Landen nur allzuviel; es wäre um unser öffentliches Leben besser bestellt, wenn des rüstigen und entschlossenen Einstehens für die eigenen Überzeugungen und Ideale, wenn auch des Willens zum Kampf, zum harten und Opfer fordernden Kampf für die gute Sache, die als recht und gut erkannte Sache bei uns mehr wäre. Nur, daß der Kampf ein ehrlicher sei und mit ehrlichen Waffen ausgefochten werde, daß es ein Kampf sei nicht bloß für kleinliche Vorteile und materielle Interessen, sondern für ideelle Interessen und hohe Ziele, ein Kampf, der zuletzt geführt wird unter dem Gesichtspunkt der Ehre und Würde des Volks, der großen Güter der Menschheit.

Digitized by Google

Druck von Pöschel & Trepte in Leipzig.

Digitized by Google

Neuer staatswissenschaftlicher Verlag
von v. Zahn & Jaensch in Dresden:

G. K. Anton, Dr., Privatdozent in Jena, Die Entwicklung des französischen Kolonialreiches. 36 Seiten. Gr. 8°. Mit einer Karte und zwei Nebenkarten. 1 Mk. 20 Pf.

Karl Binding, Dr. jur., ord. Professor in Leipzig, Die rechtliche Stellung des Kaisers im heutigen Deutschen Reiche. 27 S. Gr. 8°. 1 Mk.

Karl Bücher, Dr., Professor in Leipzig, Die Wirtschaft der Naturvölker. 71 S. Gr. 8°. 1 Mk.

Otto Gierke, Dr., Professor in Berlin, Der Entwurf des neuen Handelsgesetzbuches. 40 Seiten. Gr. 8°. 1 Mk.

Paul Kollmann, Geh. Regierungsrat Dr., Der gegenwärtige Weltverkehr. 52 Seiten. Gr. 8°. 1 Mk.

Laband, Dr., Professor in Straßburg i. E., Die Wandlungen der deutschen Reichsverfassung. 38 Seiten. Gr. 8°. 1 Mk.

Rudolf Leonhard, Dr., Professor in Breslau, Ein Überblick über das neue Bürgerliche Gesetzbuch. 38 Seiten. Gr. 8°. 1 Mk.

W. Lexis, Dr., Professor in Göttingen, Der gegenwärtige Stand der Währungsfrage. Zweite Ausgabe. Gr. 8°. XI und 51 S. 1 Mk.

Franz v. Liszt, Dr., Professor in Halle. Das Verbrechen als sozialpathologische Erscheinung. 27 Seiten. Gr. 8°. 1 Mk.

W. Lotz, Dr., Professor in München, Die Börsenreform. 40 Seiten. Gr. 8°. 1 Mk.

F. Meili, Dr., Professor in Zürich, Gesetzgebung und Rechtsstudium der Neuzeit. 71 Seiten. Gr. 8°. 2 Mk.

Eduard Meyer, Dr., Professor in Halle a. S., Die Sklaverei im Altertum. 49 Seiten. Gr. 8°. 1 Mk.

Paul Oertmann, Dr., Professor in Berlin, Volksrecht und Gesetzrecht. 40 Seiten. Gr. 8°. 1 Mk.

Jul. Post, Geh. Ober-Regierungsrat Dr., Neuere Richtungen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege. 32 Seiten. Gr. 8°. 1 Mk.

Karl Rathgen, Dr., Professor in Marburg, Die Entstehung des modernen Japan. 26 Seiten. Gr. 8°. 1 Mk.

Hermann Rehm, Dr., Professor in Erlangen, Unitarismus und Föderalismus in der deutschen Reichsverfassung. 40 S. Gr. 8°. 1 Mk.

Karl Rieker, Dr., Professor in Leipzig, Die Stellung des modernen Staates zur Religion und Kirche. 26 Seiten. Gr. 8°. 1 Mk.

S. Ruge, Prof. Dr., Die Entdeckung des Seewegs nach Ostindien durch Vasco da Gama 1497/8. 47 Seiten. Nebst zwei Karten. Gr. 8°. 1 Mk. 50 Pf.

Friedrich Stein, Dr., Professor in Halle, Die Kunst der Rechtsprechung. 37 Seiten. Gr. 8°. 1 Mk.

Wilhelm Stieda, Dr., Professor in Leipzig, Das Hausiergewerbe in Deutschland. 54 Seiten. Gr. 8°. 1 Mk.

Heinrich Triepel, Dr., Professor in Leipzig. Wahlrecht und Wahlpflicht. 59 Seiten. Gr. 8°. 1 Mk.

Julius Wolf, Dr., Professor in Breslau, Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung. Nebst Anhang. 40 Seiten. Gr. 8°. 1 Mk.

Robert Wuttke, Dr., Die erwerbsthätigen Frauen im Deutschen Reiche. 45 Seiten. Gr. 8°. 1 Mk.

Theobald Ziegler, Dr., ord. Professor in Straßburg, Individualismus und Sozialismus im Geistesleben des 19. Jahrhunderts. 27 Seiten. Gr. 8°. 1 Mk.

Digitized by Google

Neueste Erscheinungen:

Weltwirtschaft und Volkswirtschaft

von

Dr. Heinrich Dietzel

Professor an der Universität Bonn

120 u. XLII Seiten. Gr. 8. Preis 4 Mk.

*

Die Familien-Anwartschaften

in ihrer geschichtlichen Entwickelung und volkswirtschaftlichen Bedeutung

von

Heinrich Freiherr von Friesen

auf Rötha

Zweite Auflage

96 Seiten gr. 8°. 1 Mk. 60 Pf.

*

Die neuere Entwicklung des Kleinhandels

von

Dr. Ludwig Pohle

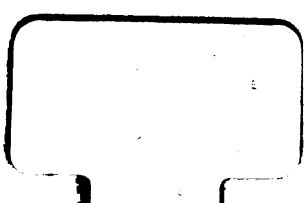
Privatdozent an der Universität Leipzig.

Unter der Presse.

*

Druck von Pöschel & Trepte in Leipzig.

Digitized by Google



Digitized by Google

Digitized by Google